

# Altecius = Alzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 39 Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,60 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbekerstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,  
Sonnabend, 24. September 1910.

Anzeigen kosten die viergesparte Petitzelle oder deren Raum 40 Pfennig (der Betrag ist stets vorher einzuzahlen). Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

## Kollegen! Werbet Mitglieder, sorgt für weitere Stärkung des Verbandes!

### Zur Arbeitslosenunterstützung des dänischen Malerverbandes.

Von den mit unserm Verband im Kartellverhältnis stehenden Bruderverbänden ist es bisher nur der dänische, der die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch eingeführt hat. Schon jahrelang beschäftigt sich auch unsere Organisation mit der Lösung dieses Problems und auch auf der nächsten Generalversammlung wird diese Frage wieder zur Debatte stehen, nachdem die Cölnner Generalversammlung die facultative Einführung beschlossen hatte. Es dürfte deshalb für unsre Mitglieder von besonderem Werte sein, über die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung bei unserem dänischen Bruderverbande einige Rücksicht zu erhalten, nachdem die am 9. September stattgefundenen ersten Delegiertenversammlung der Arbeitslosenkasse den 1. Rechenschaftsbericht entgegennahm und einige Änderungen im Reglement beschloss.

Bekanntlich kam in Dänemark im Jahre 1907 ein Gesetz zustande, das eine Beihilfe zur Unterstützung der Arbeitslosen in Aussicht stellte. Außer diesem staatlichen Buschus bleibt es den einzelnen Gemeinden überlassen, dem staatlichen Buschus noch einen besonderen Buschus von der Gemeinde zuzufügen. Nach dem Gesetz erhalten in Dänemark alle anerkannten Arbeitslosenkassen, soweit die Mitglieder überwiegend Lohnarbeiter sind, einen Buschus in Höhe von einem Drittel der von den Passenmitgliedern insgesamt zu bezahlenden Unterstützungssumme, dazu kommt dann noch der Gemeindebuschus, so daß insgesamt der Buschus auf die Hälfte der Unterstützungssumme ansteigt. Nach den Bestimmungen des Gesetzes muß die zu zahlende Unterstützung für die Arbeitslosen so hoch sein, daß sie für die Bezieher eine Bedeutung hat, dementsprechend also auch die Höhe der Beiträge zu bemessen ist. Erforderlichstens soll auch ein Extrabetrag erhoben werden können. Die Einnahme und das Vermögen des Arbeitslosenfonds sind streng getrennt von den Mitteln des Verbandes zu halten und dürfen diesem aus dem Vermögen der Arbeitslosenkasse weder Darlehen noch Geschenke gewährt werden. Die Unterstützung kann gezahlt werden als Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ebenso auch als Natural- und Mietunterstützung. Die Höhe der Unterstützung darf nicht  $\frac{1}{3}$  des üblichen Tagelohns übersteigen. Als Höchstgrenze ist 2 Kronen und als Minimum 50 Öre pro Tag festgesetzt. Die Aufnahme in eine Arbeitslosenkasse, die auf staatliche und kommunale Unterstützung Anspruch macht, darf keinem Berufsangehörigen verweigert werden; es haben also auch Unorganisierte Zutritt. Weitere Paragraphen des Gesetzes bestimmen dann noch, in welchen Fällen von den Kassen keine Unterstützung gezahlt werden darf.

Bereits die 8. Delegiertenversammlung unsres dänischen Bruderverbandes, abgehalten 1906, hatte beschlossen, daß der Verbandsvorstand sich um den Staatsbuschus bewerben möge, wenn der Gesetzentwurf vom Reichstag angenommen werde.

Nachdem am 1. August 1907 das Gesetz der Arbeitslosenkassen in Kraft getreten war, wurde von den Gewerkschaften nach den Gesetzesbestimmungen ein Musterstatut geschaffen und dann auf dieser Grundlage für die einzelnen Verbände ein Statutenentwurf ausgearbeitet und dem Inspektoraat für Arbeitslosigkeit eingereicht. Der Vorstand hoffte, daß auf Grund seiner Erhebungen der von ihm vorgeschlagene Beitrag und Staatsbuschus genügen werde, um die vorgeschlagene Unterstützung (70 Öre während 70 Tage) gewähren zu können. Der Inspektoraat hatte an diesem Entwurf nichts wesentliches auszusetzen. Der Vorstand unsres Bruderverbandes empfahl darauf den Mitgliedern die Annahme des Statuts und damit die Errichtung einer Arbeitslosenkasse für den Malerberuf in Dänemark. Da er aber von der Erwägung ausging, daß bei der Durchführung einer so wichtigen Verbandseinrichtung

auch der Wille der Mehrheit der Kollegen sich befunden müsse, forderte er eine Urabstimmung, an der sich zum mindesten die Hälfte aller Mitglieder beteiligen müßte und daß davon mindestens Dreiviertel für die Errichtung der Kasse stimmen.

Die Urabstimmung lehnte die Einführung mit Mehrheit ab; jedoch eine darauffolgende nochmalige Abstimmung ergab das Resultat, daß von 1311 abgegebenen Stimmen sich 833 für die Errichtung der Arbeitslosenkasse erklärt und 473 dagegen. Damit war die Einführung definitiv beschlossen.

Am 1. Oktober trat die Arbeitslosenkasse für das Malergerwerbe in Kraft, d. h. es begann die einjährige Karentzeit. Der Rechenschaftsbericht umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. Juni 1910. Die Gesamtentnahme in den sieben Quartalen beträgt 93 871,47 Kr. Sie setzt sich zusammen aus 78 207,50 Kr. Mitgliederbeiträge, 12 487,05 Kr. Staatszuschuß für das erste Halbjahr 1908/09, eine Zulage vom Malerberuf in Höhe von 2091 Kr. und 1085,92 Kr. Zinsen. Die Gesamtausgabe der Arbeitslosenkasse beträgt insgesamt 72 594,01 Kronen, so daß ein Kassenbestand von 21 277,46 Kr. am 1. Juli d. J. vorhanden war. Die ausgezahlte Unterstützungssumme beläuft sich auf 67 202,80 Kronen. Und zwar wurde an Unterstützung ausgeschüttet in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 2041,15 Kronen, an Arbeitslosenunterstützung am Orte in der Zeit vom 23. Oktober 1909 bis 16. April 1910 insgesamt 65 161,15 Kr., für persönliche und fachliche Verwaltung betrugen die Ausgaben 5891,71 Kronen.

Die Unterstützungen verteilen sich folgendermaßen: 72 Mitglieder erhielten nur Reiseunterstützung für 842 Tage, 1511 Mitglieder bezogen nur die Arbeitslosenunterstützung für 79 955 Tage, 152 Mitglieder erhielten Reise- und Ortsunterstützung für 8807 Tage. Es haben demnach 1738 Mitglieder für 89 604 Tage die Unterstützung bezogen, d. i. pro Mitglied 51,64 Tage. In der Unterstützungsperiode (23. Oktober bis 16. April) trat die Arbeitslosigkeit in derselben Stärke hervor, wie wir sie auch bei unsern staatlichen Aufnahmen bisher bemerkten hatten. Es wurden verzeichnet Arbeitslosentage:

Am 23. Okt. 1909	198 Tage	Am 22. Jan. 1910	6888 Tage
" 30. " 1909	438 "	" 29. " 1910	6336 "
" 6. Nov. 1909	766 "	" 5. Febr. 1910	6207 "
" 13. " 1909	1124 "	" 12. " 1910	5793 "
" 20. " 1909	1792 "	" 19. " 1910	5015 "
" 27. " 1909	2701 "	" 26. " 1910	4170 "
" 4. Dez. 1909	3699 "	" 5. März 1910	3003 "
" 11. " 1909	4731 "	" 12. " 1910	2079 "
" 18. " 1909	5420 "	" 19. " 1910	1301 "
" 25. " 1909	5286 "	" 26. " 1910	703 "
" 1. Jan. 1910	5151 "	" 2. April 1910	412 "
" 8. " 1910	6324 "	" 9. " 1910	258 "
" 15. " 1910	6840 "	" 16. " 1910	53 "

Nach dem neuen Statut beträgt jetzt die Unterstützung pro Tag 1 Krone bis zu 70 Tagen. Von dem zu zahlenden Jahresbeitrag von 36,40 Kr. werden 20,80 Kronen im Jahre oder pro Woche 40 Öre an die Arbeitslosenkasse abgeführt. Der Auszahlung der Unterstützung geht eine 15tägige Karentzeit voraus. Neu-eintretende Mitglieder müssen 1 Jahr Beiträge entrichten haben, bis sie unterstützungsberechtigt sind. Mit ihren Beiträgen dürfen die Mitglieder nicht länger als 18 Wochen im Rückstande sein, wenn sie ihr Recht auf die Arbeitslosenunterstützung nicht verlieren wollen. Die Unterstützung muß innerhalb 8 Tage erhoben werden, sonst verfällt sie. Ausgeschlossene Mitglieder können nach Bezahlung der restierenden Beiträge wieder aufgenommen werden.

Dies sind in kurzem die getroffenen Änderungen des Statuts zur Arbeitslosenkasse, wie sie sich nach den Anträgen des Vorstandes als notwendig erwiesen.

Nach Erledigung einiger noch unwesentlicher Punkte war man am Schlüsse der Verhandlungen angelangt. Auch diese Tagung nahm einen guten Verlauf und verfehlte nicht, auf uns den besten Eindruck zu hinterlassen. Die beiden Delegiertenversammlungen konnten keine großen Neuerungen schaffen, besaß doch die dänische Bruderverorganisation schon so manches, was wir erst erstreben wollen und braucht nicht alljährlich so große Opfer, so viel Mühe und Arbeit aufzuwenden, um die Masse der Kollegenschaft in ihrer Gesamtheit an die Organisation zu fesseln. Hier gilt es nur das bestehende zu verbessern zum Wohle und Geben des Verbandes und diese Aufgabe haben die Delegiertenversammlungen bestens erfüllt.

Den auswärtigen Kollegen wurde im Namen der Organisation der herzlichste Dank ausgesprochen und ihren Organisationen, die zu vertreten sie die Ehre hatten, auf ein gedeihliches Fortentwickeln ein kommendes Hoch ausgebracht. Kollege Lödler dankte herzlich für die außerordentliche Gastfreundschaft und Aufnahme, die man uns und dem Kollegen Maier-Witt, der gezwungen war, einige Stunden zuvor abzureisen, erwies, besonders aber auch für die freundliche Hilfe der Kollegen Søhnksen und Veld, die uns als Dolmetscher dienten und während keinerlei Arbeit hatten. Mit dem Wunsche, daß die Arbeiten des Delegierten-tages zum weiteren Wohl und Gedächtnis des dänischen Bruderverbandes beitragen werden, erfolgte nach kurzen Dankesworten des Vorsitzenden mit einem brausenden Hoch auf den Verband der Schlüß der Tagung.

### Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Wirkungen der Bauarbeiterausssperrung auf den Arbeitsmarkt sind mit dem Monat Juli verschwunden. Die Monate April, Mai und Juni standen im Zeichen der Depression, die bewirkte, daß der Andrang mehr oder minder stark über das Vorjahr hinausging. Zum Juli bleibt er nun wieder hinter dem Vorjahr merklich zurück. Man kann nach den bisherigen Beobachtungen annehmen, daß nunmehr auch die Herbstmonate, namentlich aber der September, für den Arbeitsmarkt glänzend verlaufen werden. Bringt ja doch dieser Monat stets, in guten wie in schlechten Jahren, einen ganz erheblichen Rückgang des Andrangs. Auch im August verzeichnet werden obwohl die Ziffern für diesen Monat noch nicht vorliegen. Wie sich in den Monaten April bis September der Jahre seit 1906 der Andrang bewegte, das ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Auf je 100 offene Stellen kamen im Durchschnitt des Monates für das gesamte Baugewerbe Arbeitsuchende:

	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
1906	116,47	108,55	115,31	110,48	107,06	98,52
1907	110,26	108,67	104,17	110,18	108,80	88,30
1908	159,92	150,97	147,53	142,74	160,90	134,60
1909	126,36	112,25	155,79	147,92	160,80	119,90
1910	146,78	182,90	159,26	136,57	—	—

Die Bewegung von Juni auf Juli ist in den aufgeführten Jahren nicht regelmäßig: im Jahre der Hochkonjunktur 1906 ist ein Rückgang zu verzeichnen, während im Juli 1907 sich schon der Beginn des gewöhnlichen Niederganges erkennen läßt. 1908 und 1909 bringen eine Annahme, die aber nicht entfernt so stark ist wie im laufenden Jahre. Was die absolute Höhe des Andrangs betrifft, so kennzeichnet sich die Andrangs-Ziffer des laufenden Jahres als den Übergang von der Krise zu einer neuen Aufschwungsperiode. Neuheit verschiedentlich gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes für die einzelnen Berufsgruppen. Es betrug nämlich die Zahl der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen:

	1909	1910		
	Juni	Juli	Juni	Juli
Maurer, Büher, Stukkateure .	160,86	180,59	167,47	99,91
Timmerer, Treppenmacher .	127,04	136,66	155,69	133,37
Maler, Anstreicher, Lackierer .	159,40	195,17	147,28	185,87
Gäser .	194,40	155,11	149,32	128,41
Lehrige gelehnte Berufe . . .	148,80	136,92	173,86	198,30
Erbarbeiter, Bautagelöhner,				
Handlanger . . . . .	169,66	158,48	140,84	124,30

Gegenüber dem Monat Juni ist der Andrang für zwei Gruppen gestiegen, für die andern zurückgegangen. Bei den Malern, Anstreicher und Lackierern stieg er von 147,28 auf 185,87 und in der Gruppe „Lebende gesetzte Berufe“ von 173,82 auf 198,89. Am stärksten ist der Andrang bei den Maurern, Putzern und Stuckateuren zurückgegangen. Im Vergleich mit dem Juli des Vorjahres zeigt nur noch die Gruppe „Lebende gesetzte Berufe“ ein Plus des Andrangs, während alle übrigen Gruppen eine mehr oder minder starke Erleichterung aufweisen. Absolut und relativ am erheblichsten sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Vormonat ist die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt für Maurer, Putzer und Stuckateure. Der Andrang ist sogar unter 100 zurückgeblieben, so daß wenigstens rechnungsmäßig der Bedarf etwas über das Angebot hinausgegangen ist. Eine ungünstige Bewegung hatte im Vergleich zum Vormonat der Andrang auf dem Arbeitsmarkt für Maler, Anstreicher und Lackierer. Der Andrang nahm um 38,59 Arbeitssuchende für je 100 offene Stellen zu. Das ist eine ganz merkliche Verschlechterung. Gegenüber dem Vorjahr zeigt allerdings die Andrangsiffer im Juli dieses Jahres immerhin noch ein Minus von 9,30. In der Abrechnung der einzelnen Landesteile ist allerdings der Andrang noch im Juli dieses Jahres noch höher gewesen als 1909. Diese Gebiete sind nachstehend aufgeführt. Es betrug der Andrang in den Monaten Juni und Juli der beiden Jahre 1909 und 1910:

	1909		1910	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Ost- und Westpreußen . . . . .	170,8	121,2	163,0	152,2
Berlin . . . . .	214,8	113,8	160,6	129,4
Brandenburg . . . . .	318,6	198,5	271,0	200,0
Posen . . . . .	79,7	100,0	116,7	
Schlesien . . . . .	107,4	99,6	109,1	101,4
Westfalen . . . . .	138,7	241,7	99,8	317,0
Rheinland . . . . .	148,5	321,7	123,0	349,0
Baden . . . . .	103,2	241,6	175,6	306,5
Hessen . . . . .	243,2	316,7	348,4	338,0
Bremen . . . . .	220,2	232,9	186,6	305,8
Elas.-Württemberg . . . . .	83,0	133,4	142,0	180,0

Bemerkenswerter Weise sind unter diesen Gebieten aber auch solche, die gegen Juni 1910 einen Rückgang des Andrangs aufweisen: nämlich Ost- und Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Schlesien und Hessen. Um so schroffer ist allerdings das Anwachsen des Andrangs in den andern Landesteilen, vor allem in Westfalen und im Rheinland, wo gegenüber Juni eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit für das kontraktionsarbeitsuchende Maler eingetreten ist. Geringer ist die Zahl der Gebiete, in denen der Andrang sich im Juli 1910 niedriger stellt als im Vorjahr. Der Andrang in diesen Gebieten ist für die beiden Monate Juni und Juli der Jahre 1909 und 1910 nachstehend angegeben:

	1909		1910	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Pommern . . . . .	88,0	156,4	157,6	100,0
Sachsen . . . . .	142,2	179,4	144,8	161,4
Schleswig-Holstein . . . . .	147,8	318,6	150,2	226,4
Hannover . . . . .	155,4	178,5	227,8	167,0
Hessen-Nassau . . . . .	288,3	272,7	281,5	192,4
Bayern . . . . .	106,8	167,6	107,1	150,8
Württemberg . . . . .	186,7	212,2	151,2	129,7
Hamburg . . . . .	100,0	157,7	102,8	147,5
	304,6	563,8	169,8	202,8

Besonders stark ist die Verminderung des Andrangs gegen 1909 in Schleswig-Holstein, im Königreich Sachsen, in Pommern und namentlich in Hamburg. Gegenüber dem Vormonat Juni ist eine Abnahme des Andrangs für Pommern, Hannover, Hessen-Nassau und für das Königreich Sachsen zu konstatieren. Absolut am niedrigsten stand der Andrang im Juli in Pommern, am höchsten in Schleswig-Holstein.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

### II.

#### Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Weder in der Anzahl noch in dem Umfang der Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — haben sich gegenüber dem Vorjahr wesentliche Veränderungen ergeben. Es fanden statt 2045 Kämpfe, an denen 131 244 Personen beteiligt waren; im Jahre 1908 betrug die Zahl der Kämpfe 2052 mit 126 883 Beteiligten. Die Zahl der Kämpfe hat sich um 7 verringert und die Ziffer der Beteiligten um 4361 = 34 Proz. erhöht. Diese Veränderungen sind so unterheblich, daß sie zu einer abweichenden Beurteilung der Verhältnisse nicht dienen können. Gleichwohl im Jahre 1908 waren auch im Berichtsjahre die Kämpfe in ihrer Wechselfeit nach den daran beteiligten Personen von geringerem Umfang, es entfallen auf jeden Kampf im Durchschnitt 64 Beteiligte.

Von den 2045 Arbeitskämpfen waren Angrißstreiks 832 = 40,7 Proz., Abwehrstreiks 1007 = 49,2 Proz. und Aussperrungen 206 = 10,1 Proz. Im Jahre 1908 fanden dagegen statt 678 Angrißstreiks = 33,1 Proz., 1117 Abwehrstreiks = 54,4 Proz. und 257 Aussperrungen = 12,5 Proz.

Das prozentuale Verhältnis der Angriß- und Abwehrstreiks und der Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 etwas verschoben. Die im Vorjahr enorm gelegene Zahl der Abwehrstreiks ist zurückgegangen, allerdings nicht in dem Maße, das die Tendenz des Unternehmers, die letzten wirtschaftlichen Depression zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, zu erkennen wäre. Denn trotz ihres Rückgangs überwiegen die Abwehrstreiks an Zahl noch ganz bedeutend die Angrißstreiks, obwohl bei letzteren eine Vermehrung eingetreten ist. Auch die Zahl der Aussperrungen hat sich verringert.

An den 832 Angrißstreiks des Jahres 1909 waren 54 030 Personen beteiligt. In 517 Fällen mit 35 893 Beteiligten wurde gekämpft, um Lohnherhöhungen zu erreichen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit mit 15 637 Beteiligten statt 22 Streiks mit 350 Beteiligten wurden

geföhrt um Verkürzung der Arbeitszeit allein. Der Ausgang der Angrißstreiks war günstiger als der im Jahre 1908 geführten; es endeten erfolgreich: 454 = 54,6 Proz. mit 27 350 Beteiligten = 56,6 Proz. teilweise erfolgreich: 173 = 20,8 Proz. mit 14 547 Beteiligten = 26,8 Proz. und erfolglos: 173 = 20,8 Proz. mit 9185 Beteiligten = 17,0 Proz.

Die Abwehrstreiks haben sich gegen das Jahr 1908 um 110 vermehrt, jedoch ist die Zahl der daran Beteiligten um 6600 gestiegen, es waren an den 1007 Abwehrstreiks des Jahres 1909 42 700 Personen beteiligt. Die Steigerung der Beteiligungsziffer ist auf den vom Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier durchgeföhrt, an welchem 8149 Personen beteiligt waren, zurückzuführen. Dieser Kampf entpann sich durch fortgesetzte Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes und nutzte nach sechswöchiger Dauer leider erfolglos beendet werden.

Von den Abwehrstreiks des Jahres 1909 wurden 490 mit 17 039 Beteiligten geföhrt, um Lohnverbesserungen abzuwehren. In 181 Fällen mit 13 421 Beteiligten fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. 26 Streiks waren notwendig, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, voran waren 445 Personen beteiligt. In 21 Fällen mit 550 Beteiligten mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Ausstritt aus der Organisation gekämpft werden. Von den insgesamt stattgefundenen Abwehrstreiks endeten erfolgreich: 593 = 58,9 Proz. mit 18 559 Beteiligten = 43,4 Proz., teilweise erfolgreich: 123 = 12,2 Proz. mit 8046 Beteiligten = 18,8 Proz. und erfolglos: 243 = 24,1 Proz. mit 14 718 Beteiligten = 34,5 Proz. Der Prozentsatz der erfolgreichen Streiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 58,9 erhöht.

Im Jahre 1909 wurden seitens der Unternehmer 206 Aussperrungen vollzogen. Im Vorjahr fanden dagegen 257 statt, so daß eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 51 = 19,8 Proz. eingetreten ist. In einem noch stärkeren Verhältnis ist die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter gegenüber dem Jahre 1908 zurückgegangen. Während 1908 an den Aussperrungen 60 576 Personen beteiligt waren, erstreckten sich die des Jahres 1909 nur auf 34 494 Personen. Es ist bemerkenswert eine Abnahme der Beteiligungsziffer um 26 082 = 43,1 Proz. erfolgt.

Unter den Aussperrungen des Jahres 1909 tritt besonders die von den Bauunternehmern Hamburgs und Umgegend vollzogene Aussperrung der Bauarbeiter durch ihren Umfang hervor. An dieser Aussperrung waren 16 Verbände durch ausgesperrte Mitglieder beteiligt und wurden davon insgesamt 10 009 Personen betroffen. Die Aussperrung wurde unternommen, um den Maurerverband zur Aufgabe eines Lohnkampfes zu zwingen. Die Unternehmer erreichten jedoch nicht das gewünschte Ziel, die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter, und mussten schließlich, um eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, Lohnhöhungen bewilligen.

Unsere Urtypen nach verteilen sich die Aussperrungen des Jahres 1909 folgendermaßen:

In 43 Fällen mit 3969 Beteiligten lagen denselben Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme verschiedener Arbeitsbedingungen wurden 42 Aussperrungen verhängt, die sich auf 4957 Personen erstreckten. In 17 Fällen mit 7911 Beteiligten war ein Angrißstreik und in 12 Fällen mit 4406 Beteiligten ein Abwehrstreik die Ursache der Aussperrungen. 16 Aussperrungen, an welchen 324 Personen beteiligt waren, dienten dem Koalitionsraub. Wegen Verweigerung von Streikarbeit wurden 5 Aussperrungen verhängt, woran 524 Personen beteiligt waren. Aus Mangel der Maister fanden 25 Aussperrungen statt, die 6963 Personen in Misserfolg gezwungen. Von den Aussperrungen insgesamt endeten für die Arbeiter erfolgreich: 83 = 41,3 Proz. mit 10 999 Beteiligten = 31,9 Proz., teilweise erfolgreich: 32 = 15,5 Proz. mit 11 502 Beteiligten = 33,3 Proz. und erfolglos: 69 = 33,5 Proz. mit 9260 Beteiligten = 27,0 Proz. Der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Aussperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 um das Doppelte von 21,0 auf 41,3 erhöht und noch günstiger liegt das Verhältnis bei den an diesen Aussperrungen Beteiligten.

Von den Kämpfen insgesamt endeten erfolgreich: 1132 = 55,4 Proz. mit 66 917 Beteiligten = 43,4 Proz., teilweise erfolgreich: 329 = 18,0 Proz. mit 84 005 Beteiligten = 25,9 Proz. und erfolglos: 485 = 23,7 Proz. mit 83 263 Beteiligten = 25,3 Proz. 51 Kämpfe mit 4189 Beteiligten waren am Jahresende nicht beendet und von 49 blieb der Ausspang unbekannt, an letzteren waren 2920 Personen beteiligt. Gleich wie die Angrißstreiks ohne Arbeitszeitstellung endeten auch die Arbeitskämpfe günstiger als die im Jahre 1908 geführten. An den Kämpfen waren 46 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 433, Holzarbeiter 280, Bauhützarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 134, Fabrikarbeiter 97 und Transportarbeiter 71. Das sind zusammen 1447 Kämpfe = 70,8 Proz. der Gesamtzahl. Aus die übrigen 39 Verbänden entfallen 588 Kämpfe = 29,2 Proz. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampf zu sieben folgende Verbände: Maurer 24 827, Holzarbeiter 18 221, Bauhützarbeiter 15 161, Metallarbeiter 13 927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5458. Von diesen neuen Verbänden waren zusammen 106 834 Personen = 81,4 Proz. der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt 5 934 453 M., und wurden von dieser Summe 5 908 144 M. aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angrißstreiks 2 293 817 M. auf die Abwehrstreiks 1 749 444 M. und auf die Aussperrungen 1 793 939 M. Es wurden im Jahre 1909 1 457 414 M. mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfällt eine durchschnittliche Unterstützungsrate von 45,22 M. 1908 betrug die Durchschnittsraten nur 35,28 M. Die ziemlich bedeutende Steigerung des Anteils pro Beteiligten ist ein Beweis dafür, daß die Kämpfe des Jahres 1909 in ihrer Wechselfeit nach den daran beteiligten Personen von geringerem Umfang, es entfallen auf jeden Kampf im Durchschnitt 64 Beteiligte.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt 5 934 453 M., und wurden von dieser Summe 5 908 144 M. aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angrißstreiks 2 293 817 M. auf die Abwehrstreiks 1 749 444 M. und auf die Aussperrungen 1 793 939 M. Es wurden im Jahre 1909 1 457 414 M. mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfällt eine durchschnittliche Unterstützungsrate von 45,22 M. 1908 betrug die Durchschnittsraten nur 35,28 M. Ein Vergleich der Ergebnisse zeigt, daß auch bei den Aussperrungen die Unternehmer verschlechtert abgeschlagen haben. Das, was im Berichtsjahr eingetreten ist, kommt gegenüber dem Ergebnis und Abwehrkämpfen kaum in Betracht.

Bei den Bewegungen insgesamt wurden 1919 vorwiegend Arbeitsverträge für 159 629 Personen abgeschlossen. Davon aus die Abschlüsse von Lohnverträgen als Erfolge der Arbeiter zu bewerten sind, kann nur mit nächster Kenntnis der Vertragbestimmungen beurteilt werden.

Durch die vorliegende Statistik ist der Nachweis erbracht worden, daß die Erfolge und Resultate der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe günstiger waren, als sie 1908 erzielt wurden. Dieses Ergebnis ist erfreulich, jedoch kann es uns nicht vollständig befriedigen, sieht doch das Ergebnis noch hinter dem, was in früheren Jahren erreicht wurde, zurück. Auch kann das Ergebnis ja selbst soviel es sich um Lohnhöhungen handelt, mit einem Ausgleich gegenüber den Lohnen angelebt werden.

Verdienst betrug bei den männlichen Personen 10 069 827 M. und bei den weiblichen Personen 168 108 M., zusammen 10 237 35 M. Von den insgesamt an den Kämpfen beteiligten Personen waren 169 882 männliche und 6402 weibliche in den Streitlisten eingetragen. Von diesen eingetragenen Personen gehörten bei Beginn der Kämpfe 94 924 männliche und 4846 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres beendet gewesenen Kämpfen wurden 1434 = 68,5 Proz. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

### III.

#### Was durch die Lohnkämpfe erreicht wurde.

Der günstigste Ausgang der Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe findet auch seinen Niederschlag in den erhöhten Resultaten, welche durch die Bewegungen in bezug auf Arbeitszeitverkürzung, Lohnhöhungen und sonstigen Verbesserungen erzielt worden sind.

Es wurde durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeitstellung erreicht insgesamt: eine Arbeitszeitverkürzung für 66 794 Personen in Höhe von 215 813 Stunden pro Woche und Lohnhöhungen für 243 400 Personen im Gesamtbetrag von 445 545 M. pro Woche.

Für jeden Beteiligten betrug im Durchschnitt die Arbeitszeitverkürzung pro Woche 1905: 33,4 Stunden, 1906: 34 Stunden, 1907: 31,5 Stunden, 1908: 3 Stunden und 1909: 3,4 Stunden. Die Lohnhöhungen betrug für jeden Beteiligten 1905: 2,08 M., 1906: 1,86 M., 1907: 1,92 M., 1908: 1,55 M. und 1909: 1,83 M.

Die Durchschnittsraten des Jahres 1909 haben sich im Vergleich zu denen des Jahres 1908 gehoben, ein Resultat, das nach der wirtschaftlichen Struktur des Berichtsjahrs kaum erhofft werden konnte, uns aber in bezug auf die zu erwartenden Erfolge in den nächsten Jahren als ein gutes Vorzeichen gelten kann.

Es wurde durch die Bewegungen ohne Arbeitszeitstellung erreicht: eine Arbeitszeitverkürzung für 6

die durch eins unglückliche Steuerpolitik des Staates der deutschen Arbeiterschaft auf neue auferlegt wurden.

Aber gerade diese Ausbildung neuer Lasten wird für die deutsche Arbeiterschaft, in Verbindung mit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur, einen mächtigen Ansporn bilden, in den nächsten Jahren umfangreiche Lohnaufbesserungen in den Maße anzustreben, daß durch diese nicht nur ein Ausgleich in der Lebenshaltung, sondern eine Verbesserung derselben erreicht wird.

Das Ergebnis der Bewegungen des Jahres 1909 scheint uns für die erfolgreiche Durchführung künftiger umfangreicher Bewegungen ein gutes Vorzeichen zu sein. Welch ein erheblicher Unterschied besteht nicht in dem Stand der Gewerkschaften und ihren Kämpfen während der jüngsten Krisenperiode gegenüber der in den Jahren 1900 bis 1902 stattgefundenen! Wohl ist auch die jüngste Krisenzzeit nicht ganz spurlos an den Gewerkschaften vorübergegangen, sie unterbrach vorübergehend das Wachstum derselben, aber nicht im geringsten wurde ihre Aktionskraft geschwächt, dafür hat die Statistik der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen einen deutlichen Beweis erbracht.

Wir lernen aus diesen Erscheinungen, daß in erster Linie die Gestaltung der Lebenslage des Proletariats abhängig ist von der Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Das soll uns zugleich eine ernste Mahnung sein, in nie ermüdender Tätigkeit das Proletariat in den Gewerkschaften zu vereinigen. Die vorwärts drängende Zeit ruft die Arbeiterschaft auf zu neuen Kämpfen — neue Erfolge werden die Früchte dieser Kämpfe sein!

## Lohnbewegung.

### 1. Bezirk.

Ostrowo. Zum zweiten Male haben wir mit den Arbeitgebern am Orte einen Tarifvertrag abgeschlossen. Als die hiesigen Kollegen sich im November 1908 organisierten und als Zahnstelle sich Posen anschlossen, waren alle voller Begeisterung und es gelang uns auch bereits am 22. Juli des darauffolgenden Jahres, einen Tarif abzuschließen. Die Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden im Sommer festgesetzt. Sonnabends eine halbe Stunde, an den Tagen vor Oster und Pfingsten zwei Stunden frischer Feierabend. Der Stundenlohn für Junggehilfen und Aufreicher wurde auf 40 Pf., der Lohn für Gehilfen über 20 Jahre auf 43 Pf. festgelegt. Nebenstunden wurden mit 10 Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 Pf. pro Stunde Rückschlag verübt.

Trotz dieses günstigen Verlaufes der Lohnbewegung trat leider das ein, was fast überall wiederkehrt: ein Jahr später, also 1908, war alles vergessen. Das Gesetzes, nun auch treu zusammenzuhalten, ward gebrochen und man mußte von neuem anfangen, die Organisation aufzubauen. 1909 wurde nun in Ostrowo eine selbständige Filiale gegründet; viele glaubten, es werde dann besser gehen.

Der Tarif wurde zum 1. Juli d. J. gefündigt. Da aber die Konjunktur noch schlecht und die Organisation nicht viel besser war, wurde von etwaigen Forderungen abgesehen. Inzwischen hatten sich dann auch, da eine Lohnerhöhung alle für sehr notwendig hielten, die Kollegen des Ortes zusammengefunden. Die Forderungen wurden eingereicht und durch Verhandlungen am 9. September er. ein neuer Tarif mit den einer Organisation nicht angehörenden Arbeitgebern bis zum 15. Februar 1913 abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde sofort um 2 Pf. und für nächstes Jahr um einen weiteren Betrag erhöht. Außerdem wurde die Entschädigung für verhexte Gehilfen von 1 Mt. auf 1.50 Mt. erhöht und für Mittagessen 30 Pf. festgesetzt, wenn ein Nachhausegehen zu Mittag nicht möglich ist.

Die so oft ausgesprochene Mahnung, das Erreichte nun auch durch treue Mitarbeit im Verbande zu erhalten, kann auch hier unsern Kollegen für eindringlich ans Herz gelegt werden. Sollten die Kollegen glauben, daß der Tarif auch ohne ihre Mitgliedschaft im Verbande bestehen bleibt, dann könnten sie sich täuschen.

Auch in Landsberg a. W. ist es nun endlich gelungen, den Tarif auf Grund des Reichstariffs am 7. September zum Abschluß zu bringen. Wenn man sich das Resultat der letzten Sitzung ansieht, so muß man sich wirklich fragen: Warum waren bloß die vielen Sitzungen vorher ohne Erfolg? Es mangelte eben den Arbeitgebern an der nötigen Einsicht, so könnte man kurz die Frage beantworten. Die härtesten Bestimmungen, die einfachsten Rechenergebnisse, alles wollte ihnen nicht einleuchten. Der Durchschnittslohn für Junggehilfen z. B. ergibt 87 Pf.; mit dem Rückschlag von 3 Pf. sollte nun der Stundenlohn auf 40 Pf. festgesetzt werden. Dass die Berechnung falsch sei, das wird nicht bestritten; aber der Lohn soll einfach nur 27 Pf. für die Vertragszeit überhaupt betragen usw. Diese Probe genügt. Keiner gibt es noch mehr — Landsbergs.

### 2. Bezirk.

In Bischofshofen bei Mainz sind die Werkstätten Feldmann, Hörl und Rauch wegen Nichtanerkennung des Sondertarifs immer noch gesperrt.

In Saarbrücken ist die Firma Peter Braun wegen Nichtanerkennung des Sondertarifs gesperrt. Auch die Firmen Kaar & Lüthmann, sowie Koob & Söhn haben die Anerkennung des Sondertarifs abgelehnt. Da auch bei diesen beiden Firmen die Anerkennung des Tarifs erlämpft werden muß, so ist es jetzt schon Pflicht eines jeden Kollegen, diese Betriebe zu melden.

In Frankfurt a. M. traten am 18. September sechs Kollegen der Firma Schöch & Wicker in den Ausstand wegen Maßregelung von vier Kollegen sowie tariflicher Differenzen in bezug auf die Nichteinhaltung der Arbeitszeit.

Die Kollegen hielten eine Werkstellenbesprechung ab, um über die vorhandenen Missstände sowie das Verhalten zweier Unorganisierten zu sprechen. Einer dieser Unorganisierten überbrachte der Firma die Vorlommisse aus der Werkstellenbesprechung, worauf dann die Entlassung von vier Kollegen erfolgte. Die andern zwei Kollegen erklärten sich sofort solidarisch und nach viertagigem Streit war die Sache mit einem vollen Erfolg entschieden. Die vier Entlasseten wurden wieder eingestellt, die zweit Unorganisierten traten dem Verbande bei und der Kollege, der die Sache dem Unternehmer zu-

trug, mußte für sein Verhalten Abbitte leisten. Den Tarif will die Firma für die Zukunft genau einhalten.

Die Bewegung in Forbach ist noch nicht weiter gekommen. Der Herr Landesverbandsvorsitzende erklärte zwar zu Verhandlungen bereit, jedoch sollen diese erst Anfang Oktober stattfinden. Ein derartiges Hinauszögern liegt aber nicht im Interesse einer gedehlychen Regelung der Sache und kann natürlich unsre Zustimmung nicht finden. Wir müssen ein besseres Entgegenkommen von dem Arbeitgeberverband schon verlangen, denn diese Verzögerungstat ist kann zu recht unschönen Differenzen führen.

### 3. Bezirk.

Nach den Marxos-Schmiedewerken zu Frankfurt a. M. ist der Zugang von Lackierern immer noch fernzuhalten.

Der allgemeine Streit ist zwar aufgehoben, aber der Betrieb bleibt noch wie vor gesperrt, da der Direktor, Herr Dr. Pfungst, sich immer noch nicht in Verhandlungen mit den Organisationen einlassen will.

### 3. Bezirk.

Nach allen Werkorten, wo die gesamten Werkstarbeiter sich im Kampfe befinden, muß Zugang streng fernzuhalten werden.

### 4. Bezirk.

Melle. Die hier bis auf den letzten Mann organisierten, in den beiden Möbelfabriken beschäftigten Kollegen haben nachfolgende Forderungen gestellt:

Einführung der 9½ stündigen Arbeitszeit. Minimallöhne für Masierer 42 Pf., für Lackierer 33 Pf., für Gründler 30 Pf. pro Stunde.

Erhöhung sämtlicher Stundenlöhne um 5 Pf. und der Akkordsätze um 10 Prozent.

Für Überstunden wird ein Rückschlag von 15 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 25 Pf. pro Stunde verlangt. Jedes längere Warten der Akkordarbeiter wie eine Wiertelstunde auf Arbeit oder Material wird mit dem üblichen Stundenlohn bezahlt.

Da die Holzarbeiter, die ebenfalls traurige Löhne haben, auf ihre eingereichten Forderungen keine Antwort erhielten und deshalb bereits die Kündigung eingereicht, muß angenommen werden, daß auf günstlichem Wege obigen minimalen Forderungen nicht erreicht werden, weshalb jeder Zugang nach Melle fernzuhalten ist.

### 5. Bezirk.

Dresden. Die Verschleppungspolitik des Arbeitgeberverbandes gegen die Zahlung des Ausgleichspfennigs hat hier zu ersten Differenzen geführt. Nachdem das Ortstarifamt am 27. Mai und das Gauamt am 9. August für das Lohngebiet Dresden den Ausgleichspfennig bewilligt hatten, also die Frage rechtzeitig entschieden war, legten die Arbeitgeber Verufung beim Haupttarifamt ein und lehnten außerdem Verhandlungen vor dem Ortstarifamt über die beiden angegliederten Lohngebiete Lößnitzbörse und Blauenscher Grund, für die auch schon seit Januar der Ausgleichspfennig beantragt wurde, mit der unglaublichen Begründung ab, es solle das Haupttarifamt über Dresden entscheiden und außerdem habe das Ortstarifamt über den Ausgleichspfennig gar nicht in erster Instanz zu befinden. Dieses Verschleppen von Entscheidungen und Verweigern der Zahlung rechtskräftig festgelegter Löhne hat begreiflicherweise den größten Unwillen der Dresdener Kollegen hervorgerufen, so daß sie ihre Rechte energisch geltend machen.

Eine von ca. 1100 Kollegen besuchte, glänzend verlaufene Versammlung, in der auch 35 Arbeitgeber erschienen waren und deren Vorsitzender den Standpunkt der Meister rechtfertigen wollte, was ihm jedoch allgemeines Gefächter eintrug, nahm nach einem Bericht und ausgiebiger Debatte folgende Resolution einstimmig unter großer Begeisterung an:

„Die am 18. September im großen Volkswohnsaal anwesenden Maler, Lackierer und Aufreicher Dresdens und Umgegend verurteilen auf schärfste die Verschleppungstat der Leitung des Arbeitgeberverbandes bei den Beratungen der örtlichen Bestimmungen zu dem Reichstarifvertrag für die Lohngebiete Dresdens, der Lößnitz und des Blauenschen Grundes.“

Die Nichtrechtfertigung der Schiedssprüche vom Arbeitgeberverband zu Dresden betrifft die Zahlung des Ausgleichspfennigs vom Ortstarif am 27. Mai d. J. und den vom Gauamt zu Leipzig als Berufungsinstanz am 9. August d. J. betrachtet die Gehilfenschaft als einen Vertragsbruch.

Da sich durch ihre neuesten Maßnahmen die Arbeitgeber den Pflichten des Reichstariffs entziehen wollen, lehnt nach diesem tarifwidrigen Verhalten des Arbeitgeberverbandes die Gehilfenschaft jede Verantwortung bei eintretenden Differenzen, die sich daraus ergeben müssen, ab.

Die Versammelten stellen fest, daß sie bewiesen haben, die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen auf friedlicher Basis zu lösen. Auch die Abstimmung über den Reichstarifvertrag in der Filiale Dresden hat ergeben, daß die Mitglieder, trotzdem der Vertragsabschluß in keiner Weise ihre Wünsche befriedigte, den Reichstarifvertrag angenommen haben, in der bestimmt Erwartung, daß die Arbeitgeber diesen Vertrag respektieren und gewissenhaft durchführen würden.

Nachdem die Versammelten sich getäuscht sehen, können sie dem wohlgemeinten Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, Herrn Obergeverbetrichters Glüsing, hier nicht Rechnung tragen, da sie auch nicht den geringsten Schimmer von Recht in dem Vorgehen der Arbeitgeber finden können.

Die Ortsverwaltung wird deshalb verpflichtet, in jeder Weise den Kollegen bei der Durchführung der Schiedssprüche der beiden Tarifämter und des Reichstarifvertrags mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Versammelten selbst aber verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei gegebener Zeit ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Herrn verpflichten sich die Versammelten, angezogen durch das Verhalten der Arbeitgeber, mit aller Energie für die innere und äußere Stärkung des Verbandes sorgen zu wollen.“

Im Laufe der nächsten Tage nahmen die Kollegen in den einzelnen Werkstätten zu diesen Beschlüssen Stellung, insgesamt es in fünf Werkstätten mit 130 Kol-

legen zur Arbeitseinstellung kam. Es wird abzuwarten sein, ob die Arbeitgeber einsehen, daß sie die Schuld an diesen bedauerlichen Differenzen tragen und deren Beilegung durch Abgabe ihrer tarifwidrigen Verschleppungstat und ihr illosales Auslegen der Schiedssprüche die Wege ebnet.

In Görlitz hat der Arbeitgeberverband grundlos und unter Umgehung aller Instanzen eigenmächtig den Reichstarif aufgehoben.

In Freiberg erkennt der Arbeitgeberverband den Tarif nicht an.

Meiningen. Hier verwirkt der Arbeitgeberverband trotz einstimmigen Gauamtssatzes die Zahlung der allgemeinen Lohn erhöhung.

Nach diesen drei Städten ist daher der Zugang fernzuhalten.

In Bitterfeld ist die Werkstätte Möritz gesperrt.

Für Lackierer ist noch die Waggonfabrik von Gottlieb Lindner, Annendorf b. Halle zu meiden. Auch in den übrigen Metallbetrieben bestehen in Halle Differenzen.

### 6. Bezirk.

In Ulm wurde auf Beschluss des Ortstarifamts über die Werkstätte Holder die Sperrung wegen Schmiedekonkurrenz verhängt.

In Schwäbisch Gmünd sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Werkstätten F. Höhner und Hartmann gesperrt.

Desgleichen in Bussenhausen die Werkstätte G. Friedhofer.

In Feuerbach sind ebenfalls wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Werkstätten G. Unger und Wöger gesperrt.

Friedrichshafen ist mit Ausnahme der Werkstätten G. Ott und G. Pfleghaar gesperrt. Wir ersuchen, diesen Ort vollständig zu melden.

### 7. Bezirk.

In Schweinfurt sind die Tüncher (Verpußer) in den Streit getreten. Zugang ist fernzuhalten!

## Aus unserem Berufe.

Frankfurt a. M. Im Gebiete der Filiale Frankfurt a. M. wurde im Verlaufe der letzten Wochen eine umfangreiche Agitation durchgeführt. Eingehten wurde sie durch Konferenzen der Vertrauensleute in den Lohngebieten Frankfurt, Hanau, Höchst, Homburg und Offenbach. Am Sonntag den 4. September wurde eine Flugblattverteilung vorgenommen und am 11. September erfolgte die Verlesung der Einladungen zu den öffentlichen Versammlungen, verbunden mit einer allgemeinen Hausagitation. Zu dieser wurden sowohl sämtliche Vertrauensleute, wie auch sonstige geeignete Kollegen verpflichtet. Diese Agitation brachte wieder eine Menge Neuanträge, sodass im Laufe dieses Jahres bereits 720 neuegetretene Kollegen zu verzeichnen sind. Besonders hält, dass durch Bekämpfung des Arbeitstarifes die Kollegen wieder mit frischer Kraft an die Stärkung des Verbandes herangehen und dass immer mehr Unorganisierte die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einsehen. In der vergangenen Woche fanden nun die öffentlichen Versammlungen in Frankfurt a. M. mit den Kollegen Meyer-München und in Hanau, Höchst und Offenbach a. M. mit dem Kollegen Steinbold-Cassel als Referenten statt. Das zu behandelnde Thema lautete: „Die wirtschaftlichen Kämpfe im Maler-, Lackierer- und Webbindervergewerbe im Zeichen des Tarifvertrages“. In den Versammlungen, die durchweg gut besucht waren, herrschte eine vorzügliche Stimmung, die sowohl in der Diskussion wie in dem Befall, der den Referenten gezollt wurde, zum Ausdruck kam. Nach einer geschicklichen Darstellung der in unserm Berufe geführten Kämpfe kamen die Referenten auf den Abschluß des Reichstarifs zu sprechen. Haben die Unternehmer ihre Absichten erreicht? so lautete die Frage der Referenten, die von ihnen mit einem glatten Stein beantwortet wurde. Überstreitend haben sich die Unternehmer den Schiedssprüchen gefügt und heute noch kommt, bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen — die in vielen Orten noch sehr mangelhaft ist — die Abteilung der Unternehmer zum Ausdruck, was allerdings bei ihnen, die unter der Parole: „Organisiert auch, mir dann braucht ihr den Gehilfen nicht jedes Jahr mehr Lohn zu zahlen!“ organisiert sind, nicht verwundert. Dagegen haben wir alle Kräfte zum Ausdruck zu bringen, daß die Lohnerhöhung höchst ungünstig ist, daß bei der immer mehr zunehmenden Preisssteigerung wir es als dringende Aufgabe und zwingende Notwendigkeit betrachten, beim Ablauf des bestehenden Tarifvertrages für eine weitere Verbesserung der Löhne einzutreten. Die allerdings oft lächerlich anmutenden Drohungen mit der Auflösung des Tarifs, das Geschrei über angebliche Tarifverstöße seitens der Gehilfen, wenn sie der Verschleppungstat und der Interpretierungskünste einiger Unternehmerstrategen mude, zur Selbsthilfe greifen, andererseits dagegen die mangelhaften Durchführungen der tariflichen Bestimmungen in vielen Orten seitens der Herren Meister das Herren unangenehmer Entscheidungen durch alle Tarifinstanzen, um dann wieder von vorne zu beginnen, ja die direkte Belagerung seitens vieler Ortsgruppen, den § 11 des Reichstarifs zur Durchführung zu bringen, wurde von den Referenten unter dem Befall der Versammelten gebührend festgenagelt. Es gibt noch viel zu tun, um diese Zustände zu beseitigen und die Tarifpolitik des Süddeutschen Verbandes sollten, anstatt sich darüber zu unterhalten, wie ihnen unangenehme Angeklagte des Verbandes, die den Herren Unternehmern manchmal im notwendigen Interesse etwas arg auf den Pelz rücken, beseitigt werden können, und des Geschwätzes von dem „notwendigen Uebel“ — lieber für die Durchführung des Tarifs wirken.

Schon naht sich eins der drei Tarifjahre seinem Ende, nur noch eine kurze Spanne Zeit und es gilt erneut in geschlossener Schlachtreihe dem Seiner gegenüberzutreten. Sorgen wir dafür, daß unsre Kollegen nicht geschlossen sind. Feder Kollege milde soll sein, mit in der vordersten Reihe der kämpfenden Schär zu stehen!

## Tabellarische Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Fiskale für das 2. Quartal 1910.

## Abrechnung der Hauptfasse vom 2 Quartal 1910.

Geographical

Guthaben.	
Für Beiträge . . . . .	M 285 832,50
" Eintrittsgelder à 1 M . . . . .	" 7 576,—
" " à 50 ₮ . . . . .	" 3,50
" Duplicata . . . . .	45,—
" Kalender, Protokolle u. Broschüren . . . . .	1 128,25
" Extramarken . . . . .	2 932,—
" sonstige Einnahmen in den Filialen . . . . .	38,10
Gesamten der Hauptkasse . . . . .	7 609,65
Gesamte Einnahmen der Hauptkasse . . . . .	45,07
	—
	1 205 910,07

### Suggestions

Von der Hauptkasse:	
Agitation . . . . .	M 11 907,65
"Gemeins-Anzeiger" . . . . .	11 368,36
Gewerkschaftskongress . . . . .	949,40
Konferenzen . . . . .	113,67
Gauarbeitsamtsschungen . . . . .	1 511,77
An die ausgesperrten Bauarbeiter . . . . .	50 000,—
Betrag an die Generalkommission und Berstarbeiterkommission . . . . .	2 877,58
Gehälter der Vorstandsmitglieder . . . . .	2 087,50
Hilfsarbeiter und Ausihilfe . . . . .	1 611,50
Vorstand und Revisoren . . . . .	31,—

## Berücksichtigung der Beiträge der Beschäftigten im Hauptbüro

Druck der Tarifverhandlungen und Proto-		
foss der Generalversammlung Dresden ,	"	5 090,—
Constige Drucksachen und Stempel , .	"	1 246,35
Druck von Beitragsmarken . . . .	"	1 750—
Bureauanleite und -reinigung . . . .	"	613,73
Porto . . . . .	"	501,70
Fernsprechergebühren . . . . .	"	25,—
Constige Mietzahlen der Hauptpost .	"	190,00

Göttliche Ausgaben der **Welt**  
Von den **Evangelien**:

Streikunterstützung	8 948,42
Krankenunterstützung	19 926,55
Reiseunterstützung	30,20
Sterbeunterstützung	3 457,—
Gemäßregeltenunterstützung	585,41
Rechtsschutz	108,65
Gehälter der Filialangestellten	18 108,15
Versicherungsbeiträge d. Filialangestellten	357,02
Beiträge u. Eintrittsgelber f. d. Filialen	96 871,65
Verlust durch Auflösung von Filialen	73,48
Sonstige Ausgaben	150,—

1960-1961

Bilanz:	
Einnahme	M 305 210,07
Ausgabe	240 188,70

Ermittelt einen Überschuss im 2. Quartal # 65 021 37

## Abrechnung über den „Gemeins-Anzeiger“ vom 2. Quartal 1910.

Ettnahmer

Bon der Hauptklasse	:	1	2	3	4	5	6	7	8	M 11	368,86
Für Annoncen	:	1	2	3	4	5	6	7	8	"	891,86
" Beilagen	:	1	2	3	4	5	6	7	8	"	117,—
" Abonnements	:	1	2	3	4	5	6	7	8	"	399,86

## Mitgabes

Druck, Saß und Papier	M	8 319,35
Expedition	"	2 341,31
Mitarbeiter	"	554,05
Gehälter	"	1 325,—
Berufserungsbeiträge	"	18,—
Abonnement auf Zeitungen	"	30,07
Bibliothek	"	1,80
Buchbindarbeiten	"	87,—
Miete	"	100,—
<hr/>		
	W	12 776,59

### 6. Rentner-Rässler-

Revidiert und richtig besungen.

Hamburg den 18. September 1910.  
A. Tobler, Vorsitzender. S. Heitrich, Sekretär.  
F. H. Bülle, Wilhelm Rassien, Meissner.

auch Mitglied der Weißbinder- und Malermeisterorganisation sind und umgekehrt. Liegt hier Schmuckkonkurrenz vor oder ist die Sache so in Ordnung?

Oranienburg. In der am Sonnabend den 11. September zahlreich besuchten Mitgliederversammlung, in der Kollegiate Stolz-Berlin über „Was lehrt uns die Zeit“ referierte, gelangte auch nachstehende Submissionsabschluß zur Kenntnisnahme. Der feineswegs im Geruche sozialdemokratischer Gesinnung stehende „General-Anzeiger“ berichtet darüber: „Eine Submissionsabschluß, wie sie wohl krasser kaum formuliert

Darmstadt. Eine originelle Submissionsblüte. Durch die moderne Stilrichtung ging das Stuckateurgewerbe erheblich zurück. Dazu kommt noch, daß die Weißbindermeister diese Arbeiten mit übernehmen und öfters dann an Unteraffordanten wieder übergeben zum Schaden beider Teile. Diesem wilden Zustande sollte entgegengetreten werden. Die organisierten Stuckateurmeister verhandelten mit der Organisation der Weißbindern- und Malermeister. Auch wurde die Handwerkskammer und Hilfe herbeigerufen, besonders zum Schutze des Meistertitels usw. Es galt, das Arbeitsgebiet strenger abzugrenzen und dahin zu wirken, daß besonders

ürste, ist wiederum zu verzeichnen. Heute vormittag fand die Deffnung der Offerten zur Ausführung der Malerarbeiten in dem neu errichteten Glüterschuppen des hiesigen Glüterbahnhofes statt. Eingegangen waren 9 Offerten, von denen die Höchstforderung sich auf 2820.05 Ml. belief. Das niedrigste Angebot lautete auf — sage und schreibe — 1892.01 Ml., das ist also annähernd die Hälfte bei einem verhältnismäßig doch niedrigen Objekt." Als Alleiniges amtliches Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft der städtischen Behörden ... knüpft es hieran die Bemerkung: "Obwohl ein Kommentar hierzu eigentlich überflüssig ist, können wir doch nicht umhin, unserer Ansicht dahin Ausdruck zu geben, daß sich das Handwerk bei denartigen Differenzen selbst zugrunde richtet. Über hat es dabei immer noch goldenen Boden?" Für uns sind derartige Submissionsresultate — die mit Recht einer scharfen Belästigung wert sind — keine Seltenheiten mehr. Die Mitteilung jedoch, daß sicherem Vernehmen nach — der Obermeister der Malerinnung hinter dem Niedrigsfordernden zu suchen sei, rief in der Versammlung allgemeine Sensation hervor. Herr Carl Stöpel, so ist der Name, ist auch zugleich Vorsitzender der Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes und als solcher hatten ihm seine Kollegen das Vertrauen geschenkt, als Delegierten neuerdings zum Verbandstag nach Elberfeld zu entsenden. Hier hatte er Gelegenheit, "sein Wissen zu bereichern", stand doch auf der Tagesordnung ein Referat des Herrn Hansen, das sich vorwiegend mit der Belästigung der Schmuckkonkurrenz beschäftigte. Raum ist St. zurückgelehnt, so muß er sich von ihm nahestehender Seite sagen lassen, daß das Handwerk sich mit derartigen Unterbietungen selbst zu grunde richtet. Das ist bitter! Es gibt hier nur zweierlei Möglichkeiten: Entweder ist Herr Stöpel der ganzen Verhandlung nicht gefolgt — oder er hat diese nicht verstanden. Beides ist nicht angenehm zu hören. Wir geben uns jedoch nunmehr der angenehmen Hoffnung hin, daß seine Kollegen ihn verlassen werden, die empfehlenswerte Broschüre des Malermasters Stolz in München: "Preistarife und Kalkulation im Malergewerbe" einem fleißigen Studium zu unterziehen, welches, wie wir annehmen — ohne auf Danach zu rechnen — dann von bleibendem Wert sein wird.

**Hannover.** Am 7. September fand im großen Saale des Ballhauses eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Streine-Letzig über "Die wirtschaftlichen Kämpfe in letzter Zeit und unsre Organisation" referierte. Es haben in letzter Zeit Kämpfe stattgefunden, die eine besondere Beobachtung nötig machen. Der Konzentrationsprozeß, der im ganzen Wirtschaftsleben immer weiter fortschreitet und dem nicht nur die Industrie, sondern auch das Baugewerbe unterworfen ist, zeitigt fortwährend neue Erscheinungen. Es stehen heute ganz andre Kräfte und Faktoren dahinter, die Industrie und Gewerbe vollständig in Händen haben. Die Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete geht so rapide vor sich, daß es oft schwer ist, diese Entwicklung zu verfolgen. Wenn es z. B. in ganz Deutschland nur 11 Baugeschäfte gibt, die circa 1000 Arbeiter beschäftigen, so ist in diesem Gewerbe doch eine vollständige Umwälzung vor sich gegangen. Die Unternehmer schließen sich in großer einteiliche Organisation zusammen, die eine nicht zu unterschätzende Macht repräsentieren und nur reine Interessenvertretungen sind, die sich in ihren Grundsätzen gegen die Interessen der Arbeiter richten. Dieser Entwicklung können wir uns nicht entgegenstellen, weil sonst unsre Interessenvertretungen in der Luft hängen würden. Seit einer Reihe von Jahren ist zum Ausdruck gekommen, daß wir den Arbeitgebern gefährlich geworden sind. Seitdem die Arbeiterorganisationen erstarken und sich zum Machtfaktor entwickelten, sah sich das Unternehmertum gezwungen, sich zu organisieren und zwar auch gleich international. Den Hauptzweck des Ausstoss zu dem Organisationsdrang der Unternehmer gab der Crimitschauer Kampf.

Die Unternehmerverbände sind ein Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse und weil die Organisationsarbeit bei den Unternehmern bedeutend leichter ist, weder politische noch religiöse Richtungen ein Hindernis bilden, sondern streng auf einheitliche und geschlossene Organisationen gehalten wird, ist auch die Entwicklung der Arbeitgeberorganisation von gutem Erfolg begleitet gewesen. Die Kampfstatistik der Unternehmer zeigt zunächst dahin, aus jeder kleinen Differenz einen großen Kampf zu machen, damit glaubte man die Gewerkschaftsklassen zu leeren und damit die Gewerkschaftsorganisationen zugrunde zu richten. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß solche Kämpfe auch die Arbeitgeber sehr in Mitleidenschaft ziehen und aus dieser Erfahrung heraus sind die Ansichten über diese Gewalttat schon anders geworden. Es haben in letzter Zeit schon verschiedene kleinere Differenzen stattgefunden, ohne daß große Kämpfe angezettelt wurden; man hat im Gegenteil alles getan, um durch Verständigung einen Kampf zu vermeiden. Das Mittel der großen Kämpfe hat versagt, weil zu viele Faktoren in Betracht kommen, die berücksichtigt werden müssen.

Im Baugewerbe, wo allgemein gute Organisationen vorhanden sind, wollte man von Unternehmerseite unter allen Umständen den Kampf und hatte sich lange darauf vorbereitet, um nun endlich mit Unterstützung des gesamten Unternehmertums die Bauarbeiterorganisationen zu vernichten. Über eine Lohnerhöhung wollte man mit sich reden lassen, aber sie wollten angeblich wieder Herr im eignen Hause sein und stellten deshalb die steife grundsätzliche Forderungen, die von der Bauarbeiterkraft niemals ihre Zustimmung finden konnten. Man hatte sich auch an andre Unternehmerverbände um Unterstützung gewandt, aber als man sah, daß der Kampf sich immer mehr zugunsten der Arbeiter neigte, stellte man die Taschen zu. Der Industriellenverband hatte weitgehende Unterstützung zugesagt, wenn die Baugewerbe 200.000 Arbeiter zur Strecke bringen würden. Aus diesem Grunde wurde weidlich ausgeschritten und die Ausgesprenkziffer künstlich in die Höhe zu treiben versucht, aber die Unterstützungen blieben aus; die Industriellen spendeten nur 130.000 Ml.

In Berlin und Hamburg und noch einigen anderen Städten ist man diesem Kampf nicht gefolgt, weil sich diese Orte die Konjunktur nicht verderben wollten. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Unternehmer mit

den wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen rechnen müssen. Die öffentliche Meinung spielt bei solchen umfangreichen Kämpfen, die weite Kreise gewerblichen Lebens in Mitleidenschaft ziehen, eine sehr große Rolle. Bei dieser Bauarbeiteraussperrung war die öffentliche Meinung, nachdem unsre weitverbreitete Presse die Situation richtiggestellt hatte, daß es sich gar nicht um Lohn handelte, sondern nur um einen Gewaltakt zur Vernichtung der Arbeiterorganisation, nicht für die Unternehmer eingenommen.

Die Bauherren versuchten es mit dem deutbar schärfsten Terrorismus. Es wurde über alle Geschäfte, die weiterarbeiten wollten, die Materialsparte verhängt, den Lieferanten wurde damit gedroht, daß ihnen die Kundenschaft der organisierten Unternehmer auf drei Jahre entzogen würde und so müssten die Unternehmer die Arbeit einstellen. Verbindungen mit dem Ausland wurden hergestellt, damit keine deutschen Bauarbeiter beschäftigt werden sollten. Über alle diese Mittel nutzten nichts, die Gewerkschaftsklassen konnten ebenfalls nicht gesprengt werden und selbst das Hilfesuch an die Landwirtschaft um Unterstützung nutzte nichts; die Unterstützungen blieben aus und die Bauarbeiter wurden gern beschäftigt. Die Versuche, die verwandten Gewerbe mit hineinzuziehen, z. B. Dachdecker, Stukkateure, auch bei unsren Arbeitgebern, hatten keinen Erfolg. Als letztes Mittel versuchte man den Kampf als gegen die Sozialdemokratie hinzustellen, damit wollte man die große Zahl der deutschen Spießbürgertum gründlich machen. Aber auch das Schweißen mit dem roten Lappen konnte die Baugewerbe nicht mehr retten von der vollständigen Niederlage ihres Gewaltaktes.

Bemerkenswert ist eine Erfindung, die sich in der letzten Zeit bei solchen Kämpfen gezeigt hat. Waren es früher die behördlichen Organe, die bei solchen Kämpfen durch weitgehende Polizeichikanen, Verbote, Verhaftungen, harte Strafen, Militär und sogar Maschinengewehre die Arbeiter abzuschrecken suchten, so versucht man heute von dieser Seite mit andern Mitteln einzugreifen und zwar durch Vermittlung zwischen beiden Parteien. Es ist das ein Beweis, daß die Arbeiterorganisationen sich Anerkennung verschafft haben. Die Arbeiter haben alle Ursache, sich ihrer Haut zu wehren, nachdem die Bestynden alle Lasten von sich auf die Arbeiter abgewälzt haben.

Als 1905 im Bergrevier der Kampf tobte, wurde im Reichstag die Regierung aufgefordert, einzutreten und zu vermitteln. Die Unternehmervertreter verstanden das Eingreifen so, daß Militär dorthin gesandt werden sollte, trotzdem keine Auseinandersetzung vorgekommen war.

Als im Baugewerbe bekannt wurde, daß von unparteiischer Seite vermittelt werden sollte, da wurde von den Unternehmern erklärt, wir lassen uns nicht darüber reden und lehnten eine Einmischung von dieser Seite ab. Die Herren hatten Angst, weil sie sich ihres Unrechtes bewußt waren.

Die Tatsache, daß die Bauarbeiterbewegung über ganz Deutschland verbreitet war, hat die Konjunktur für dieses Jahr brachtelegt.

Es war auch in unsern Kreisen die Meinung verbreitet, daß bei unserer Lohnbewegung mehr herauskommen müsse, aber durch die schlechten Erwerbsverhältnisse der letzten Jahre und der Bauarbeiterkampf in diesem Jahre waren nicht angetan, mehr zu erreichen. Unsre Arbeitgeber haben ja im letzten Augenblick klüger gehandelt als die Bauarbeitergeber, denn diese Herren hätten diese Anstrengungen und Opfer nicht nötig gehabt, um diese Auseinandisse zu machen. Die Opfer der Bauarbeiter, die viel größer sind als die der Arbeiter, sind umsonst gebracht. Unsre Arbeitgeber haben zwar auch höhnisch erklärt, daß die Bauherren ihre Kräfte überschämt hätten, sie hätten sich erst besser organisieren sollen, allerdings ohne zu merken, daß sie selbst diesen Fehler befreit, denn die Organisation der Malermaster läßt noch sehr viel zu wünschen übrig; sie haben jedoch die Hoffnung auf Besserung, um auch mit uns einmal gründlich aufzuräumen. Wir sehen jetzt wieder einen großen Kampf der Werkindustrie, der Kapitalkräftigsten Unternehmer, die den Provenstandpunkt herauslehrn, weil sie glauben, daß sie es sich leisten können. Eine Verhandlung haben sie unmöglich gemacht, weil sie gelbe Streitbrecher mit als Verhandlungsteilnehmer beanspruchen, und dieses alles, um sich in der Öffentlichkeit den Anschein zu geben, daß sie verhandeln wollen. Es ist aber auch hier anzunehmen, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisationen vor sich gehen wird und muß. Auch die Großindustrie kann sich auf die Dauer der Entwicklung nicht entziehen, diese geht ihren Gang.

Wenn wir nun auch unsre Lohnbewegung hinter uns haben, so sind wir doch aus dem Verhandeln noch nicht herausgekommen; die Arbeitgeber über im allgemeinen eine Verschiebungspolitik, die schon viel Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Diese Bewegung zwinge uns aber, unsre Organisation weiter zu kräftigen und auszubauen, die Löhne reichen bei weitem nicht aus, den hohen Ansprüchen, die an uns gestellt werden, zu genügen, dabei nimmt die Arbeitslosigkeit immer mehr zu und hält das ganze Jahr an, was eben darauf zurückzuführen ist, daß unser Gewerbe in gleicher Weise dem Konzentrationsprozeß unterworfen ist und zugleich von der Mode abhängt.

Bei jeder Lohnbewegung spielen die verschiedensten Kräfte mit, die vielfach ganz außerhalb der Beteiligten stehen. Unsre Arbeitgeber sind mit ihrer Organisation nicht recht zufrieden; es war eben nicht klug gehandelt, als sie ihren Kollegen erzählten, wer in den Arbeitgeberverband eintritt, braucht in den nächsten drei Jahren keine Lohnerhöhung zu zahlen. Dieses Versprechen kommt die Führer nicht einhalten, deshalb die Unzufriedenheit bei ihnen. Es gibt demgegenüber kein andres Mittel, als unsre Organisation weiter zu stärken. Sind wir stark genug organisiert, dann werden die Arbeitgeber dem Kampf eher aus dem Wege gehen, kommt es aber zum Kampf, dann wird es sich zeigen, wer der Stärkere ist, der dann auch den Sieg davontragen wird. Lebhafte Befall folgte diesen Ausschreibungen. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

### Eingesandt.

Aus der Nummer 88 des "Vereins-Anzeiger" war zu entnehmen, wie wenige Kollegen beobachteterweise sich an der facultativen Arbeitslosenversicherung trotz der äußerst guten Chancen beteiligt haben. Dieses Ergebnis war für mich nicht verwunderlich. Wenn man täglich mit den

Kollegen im Verkehr steht und über Verbandsvereinigungen usw. spricht, alle die vielen Einwendungen führt und gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in Betracht zieht, so kommt man nicht zu dem Schlusse, daß vielleicht zu wenig Lust für diese Errichtung unter den Mitgliedern vorhanden sei, sondern daß hierbei ganz andere Faktoren eine sehr gewichtige Rolle spielen. Es ist z. B. Tatsache, daß ein gut Teil Kollegen wohl gerne viel nehmen, aber möglichst wenig bezahlen möchte. Auch die vorgesehene Kontrolle, die manchen läßt exsheint, ist nicht nach ihrem Geschmack. Das ist aber nicht der Schwerpunkt. Meiner Erfahrung nach hat es an einer tüchtigen Agitation und an sonstiger Ausklärung gefehlt. Ganz hat unser Fachorgan die Frage eingehend behandelt und zur regen Beteiligung aufgefordert. Auch die Hilfsangestellten haben, soweit mir bekannt wurde, besonders der hiesige, ihr möglichst getan. Hier handelt es sich also um die Frage: Wie kann man und wer soll unsere Kollegen aufklären, wenn z. B. von 1000 Kollegen nur 80 bis 100 und meist immer dieselben die Versammlungen besuchen? Woran liegt dieser immer schwächer werdende Versammlungsbefund? Nach meiner Erfahrung einzigt und allein an dem Gebaren einer gewissen kleinen clique von Neubrandenfelde oder Syndikatisten, wie man sie nennen will. Diese Leute, die man richtig als Nachkollegen bezeichnet kann, die sich alle erbärmliche Mühe geben, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wie auch sonstige Einrichtungen zu untergraben, die in jeder Versammlung den Mund nicht voll genug nehmen können, hinter jedem Gedanken und Worten eines anders denenden Kollegen eine Schiebung, oder sonst etwas Schlechtes vermuten, finden leider immer noch großen Anhang, bis einmal ihr wahres Gesicht erkannt wird. Ja, Kollegen diese sich so radikal Geduldenden, die sich zum Teil in unserm Schaden in den Verwaltungen befinden, die in jedem Angestellten und Andersdenkenden einen Feind erblicken und bei jeder Gelegenheit auf sie gehörig schimpfen verehren tatsächlich vielen Kollegen den Versammlungsbefund, ja sogar einigen, die davon hören, die Mitgliedschaft. Wollen wir die Probe auf das Exemplar machen und einmal prüfen, wieviel Kollegen, die sich in den Vorstand und sonstige Amtier und Würden gesetzten haben, zur Arbeitslosenunterstützung steuern! Auch wäre es gut zu wissen, wieviele davon einen paritätischen Arbeitsnachweis wünschen. Führen doch diese Kollegen die schwersten und manchmal auch nicht ganz reinen Geschäfte ins Feld, wenn es gilt, einen Kollegen anustellen, außerdem, sie kommen selbst daran. Ich erinnere nur an die unzählige Haustassierung. Würde ein Kollege angeföhrt, ich glaube ganz bestimmt, daß wir nicht Erfolg hätten, da dadurch eine bessere Ausklärung stattfinde und den Büchern das Wasser abgegraben würde. Auch wenn man zum großen Teil nur Frauen bei der Passierung antrifft, denn die sind heute weitwichtiger als wir selbst. Darüber könnte ich noch vieles anführen, aber es würde zu weit gehen. Gibt es doch sogar jetzt Haushälter, die den Kollegen von der Versicherung abrufen und alles andere tun, mit nicht aufzählen, da sie ja selbst nicht an der Versicherung teilnehmen. Daß sich diese Kollegen selbst zum Schaden sind, wissen sie ganz genau, aber das dürfen und wollen sie nicht einsehen, sonst sind sie eben durch ihre clique. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß einem nicht zu geringen Teil unserer Kollegen die jetzige Versicherung zu gering ist, und zwar aus dem Grunde, weil man nur 7 Ml. steuert. Dies scheint mir übrigens der Hauptgrund zu sein betreffs der schwachen Beteiligung. Ich mußte mir bei der Agitation in den meisten Fällen sagen lassen: Ja, ich würde mich gern versichern und bin nicht abgeneigt, 1 Mark und noch nicht pro Woche, wenn ich Arbeit habe, zu bezahlen, wenn ich dann im Winter besser, wie in verschiedenen anderen Gewerken, unterstellt werde. Im Sommer will ein Teil Kollegen dann keine Unterstützung, sondern gänzlich steuerfrei sein. Ich bin auch bereit, bis zu 1.50 Ml. die Woche Beiträge zu bezahlen, wenn ich bei Arbeitslosigkeit besser unterstützt werde. Zum Schlusse möchte ich allen Kollegen zurufen: Besucht unsere Versammlungen besser, agitier, wo ihr könnt für unsern Verband und lasst endlich einmal von der Heberet, hauptsächlich gegen die angestellten Kollegen, ab, damit einmal eine Einigkeit, die vor allen Dingen not tut, in unsern Reihen einzieht.

W., Leipzig.

### Aus Unternehmerkreisen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geht aus den Fugen. Infolge der großen Bauarbeiteraussperrung des vergangenen Frühjahrs tritt es bedenkllich in den Reihen des organisierten Unternehmertums. Nunmehr ist es zu einem offenen Bruch gekommen, denn der Generalausschuß des Berliner Verbandes hat am 5. September einstimmig den Beschluss gefaßt, dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seinen Ausritt zum 31. Dezember 1910 zu erklären und der nächsten Generalversammlung die Gründe dieses Austritts darzulegen. Der Berliner Verband schloß sich von dem durch den Arbeitgeberbund beschlossenen Kampfe aus, weil er die Ansicht vertrat, man könne sich auf Grund des damals bestehenden Tarifvertrages leicht mit den Arbeitnehmern verständigen. Nach lebhaften Debatten beteiligten sich die Berliner an den Verhandlungen des Arbeitgeberbundes in Dresden nicht mehr, sondern schlossen schließlich mit den Arbeitgeberorganisationen ihres Bezirkes einen Sondervertrag. Die Generalversammlung des Berliner Verbandes erklärte sich am 22. April mit dem Vorgehen ihres Generalausschusses einverstanden und gab ihm die Ernächtigung, selbständig in der Frage der Bezahlungen zum Deutschen Arbeitgeberbund vorzugehen. Infolge erschien zuerst vom Berliner Verband, dann als Antwort vom Arbeitgeberbund im Anschluß an diesen Streit eine Deckschrift, worin jeder Teil sein Vorgehen rechtfertigte. Dabei gab es heftige Angriffe, die vielfach auf das persönliche Gebiet übertraten, die Gegenübe verschärfsten sich, so daß der Austrittsbeschluss der Berliner eigentlich nicht sehr überraschen konnte.

Die Folgen des nunmehr vollzogenen Bruches dürften sich zunächst dahin äußern, daß beim nächsten Tarifvertragsabschluß Berlin wiederum selbständig mit seinen Arbeitgeberorganisationen verhandelt; es ist aber auch die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß das Vorgehen der Berliner Schule macht und daß in einer Reihe anderer Großstädte die Unternehmerverbände ebenfalls selbständig oder im Anschluß an den einflussreichsten Berliner Verband handeln werden. Auf dem in Düsseldorf tagenden Deutschen Baugewerbevertag ging einer der

Hauptsharsmacher Baurat Ende - Leipzig auf die große Aussperrung dieses Jahres und den Berliner Streit ein. Er führte aus: "Der Entschluß zur Aussperrung war sicher schwer, es kann aber niemand sagen, daß er frivoll war. (1) Wir wollten nicht mehr der Spielball der sozialdemokratisch geleiteten Arbeiterorganisationen sein. Bis zum Scheitern der Verhandlungen im Reichsversicherungsamt hatten die Gewerkschaften nicht an die Möglichkeit geglaubt, daß wir unsere Drohungen wahrnehmen könnten. Die Beiführung auf der anderen Seite war groß, als wir die Aussperrung vornahmen. Diejenigen, die geglaubt hatten, die Aussperrung würde nur belanglos sein, hatten sich getrikt. Und als Woche auf Woche verging und der Fels nicht zerstört wurde, und wir die Aussperrung mit unverminderter Kraft weiterführten, da verständigten nach und nach die Spötter, und man lernte einsehen, daß es uns kein Spaß war, sondern bitterer Ernst. Als einige große Städte: Berlin, Hamburg und Bremen, sich uns nicht anstreichen wollten, verständigten wir keineswegs die Gefahr. Wir mußten sichen, daß andere Verbände in der Nähe dieser großen Zentren schwandern würden. Hamburg war in schwieriger Lage, weil dort eben erst ein Kiesenspreng vorher war. Bei Bremen ist es nicht zu verstehen. Nun, wie gingen zur Tagesordnung über, wie wir auch über Berlin zur Tagesordnung übergehen?"

Das ist der richtige Proklaßpunkt: Leute, die mit den Scharfmachern nicht durch Dick und Dünn gehen, ja, die sogar der Meinung sind, man könne mit den Arbeitern ganz gut verhandeln, solche Leute sind im Arbeitgeberbunde nicht zu gebrauchen.

**Katholische Handwerksmeistervereine.** Bislang beschränkten sich die christlich-katholischen Führer darauf, durch ihre konfessionellen Sonderbündeleien einen Teil in die Arbeiterbewegung zu treiben, während sie das Unternehmerum ungeschoren ließen. Nun mehr scheint das anders werden zu sollen, denn auf dem Augsburger Katholikentag forderte man die Bildung von katholischen Meistersvereinen. Als Grund für diese "zeitgemäße" Forderung wurde angegeben, daß die christliche Erziehung der Lehrlinge die wichtigste Aufgabe des Meisters sei. Vor der Vermischung der katholischen Handwerksmeister mit den andersgläubigen Kollegen müsse dringend gewarnt werden.

Die Handwerksmeister werden auf diesen faulen Zauber nicht reinfallen; sie sind viel zu schlau, um ihre Tätigkeit durch konfessionelle Zersplitterung zu lähmten. Diese Dummheit überlassen sie den christlichen Arbeitern.

## Vom Ausland.

**Austria.** Neichenberg. Seit neun Wochen stehen die Kollegen Neichenbergs im Streit. Der Kampf hat in der letzten Zeit sich immer mehr verschärft, da die Unternehmer in einer Reihe von Zeitungen Inserate nach Streikbrechern veröffentlichten. Auch in deutschen Zeitungen erscheinen solche Inserate, sodass wir unsre Kollegen dringend warnen auf diese Droschke hereinzuhalten!

In Wiener Neustadt sind noch die Werkstätten Korb & Löffler und Höhly & Grabek gesperrt.

**Östung. Anstreicher und Lackierer.** In der Fabrik für Meldingeröfen und Haushalte, H. Heim in Baden bei Wien, ziehen die Arbeiter im Streit. Die Fabrikleitung versucht durch Inserate Streikbrecher heranzuziehen. Halte den Zug fern!

**Ungarn.** Großwardein ist für alle Kollegen gesperrt.

**Schweiz.** Für Maler sind gesperrt: Dossenbach in Baar, Felchlin in Zug, Brühmann in Steckborn, Aßhoff in Laufenburg.

## Schweiz.

### Sehn Jahre Zentralverband.

Unsere Bruderorganisation kann nunmehr auf eine zehnjährige Organisationsaktivität zurückblicken und wird aus diesem Anlaß in dem Verbandsorgan eine Darstellung der Entwicklung gegeben, die auch unsre Kollegen interessieren wird. Aus dem Berichte entnehmen wir folgenden kurzen Auschnitt:

Am 1. August, dem Gedenktag der Eidgenossen, sind es zehn Jahre seit unser Zentralverband seine Funktionen begonnen.

Wir dürfen diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne einen Rückblick auf sein Entstehen und seinen Werdegang zu werfen. Denn wohl keiner der Kollegen, welche sich am 16. April 1900 in Winterthur nach Schluss des Kongresses des Gewerkschaftsbundes, an welchem sie als Delegierte teilnahmen, in einer Gartenanlage zusammenfinden, den Bürcher Delegierten den Auftrag erteilten, ein einfaches Statut auszuarbeiten und eine Delegiertenversammlung zwecks Gründung eines Zentralverbandes einzuberufen, dachte damals auch nur in entferntesten daran, daß dieser in der kurzen Spanne Zeit einen solchen Ausschwingen nehmen würde. Nicht alle, die in Winterthur dabei waren, folgen heute mehr unserer Fahne. Ein Teil davon sind Unternehmer geworden und zählen, wie ein Gasser in Bern, zu unsrer erbitterten Gegner.

Schon am 24. Juni 1900 konnten die Bürcher ihrem Auftrag nachkommen und das Statut vorlegen. Am 1. August 1900 einberufenen Delegiertenversammlung wurde die Gründung des Zentralverbandes beschlossen und Bürich als Vorort benannt, den es heute noch inne hat.

Vertreter waren damals in Luzern: Basel: Maler; Bern: Maler; Bern: Maler und Gläser; St. Gallen: Maler; Unterlaken: Kreuzlingen: Luzern: Maler; Luzern: Gläser; Olten: Bürich: Maler; Bürich: Gläser deutlich und Bürich: Gläser Italienisch. Schriftlich legten ihren Beitritt zu: Davos, Genf, Lausanne und Zürich. Die drei letzteren machten aber nicht mit, hingegen nachher noch Berisau, sodass es am 1. August 14 Sitzungen an zehn Orten waren, welche 576 eingetretene Mitglieder zählten.

Der erste Zentralvorstand, den die Bürcher wählten, bestand aus dem heutigen Zentralpräsidenten, der leider ununterbrochen sein Amt führt, Guttersli, Gläser; Böhns, Maler; Erdöl, Maler und Tönanti, Gläser. Der Wocheneintrag war 20 Cts. Schon im Sommer 1901 war wieder Delegiertenversammlung in Bürich, welche den Beitrag auf 30 Cts. per Woche erhöhte.

Der Verband beteiligte sich gleich zu Anfang intensiv an der allgemeinen Arbeiterbewegung des Landes und knüpfte auch internationale Beziehungen zu den ausländischen Bruderverbänden an. Besonders erkannte er bald, daß die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung in ein anderes Fahrwasser kommen müsse, wenn sie kampffähig werden sollte.

Im Jahre 1902 wurden dann von der Delegiertenversammlung in Bern diesbezügliche Anträge dem Kongress des Gewerkschaftsbundes unterbreitet und gelangten dort zur Annahme. Eine Abstimmung im Gewerkschaftsbund verwarf dann diese Anträge wieder, was den Austritt unseres Verbandes zur Folge hatte. Beschllossen wurde auf der Delegiertenversammlung in Bern, die Verbandstage nur alle zwei Jahre abzuhalten.

Die ersten Jahre ging es langsam vorwärts im Verbande. Zumeist gelang es nach und nach da wieder einen, dort wieder einen Ort zu gewinnen. Mit den Welschen war damals das gleiche wie heute, man gewann und verlor sie wieder. Einmal mit Mühsicht auf das Vermögen; man bezog noch kein solches, mehr noch wegen der damaligen wirtschaftlichen Depression, konnte im Anfang gar nicht daran gedacht werden. Kämpfe zu führen. Als aber im Jahre 1903 die Wirtschaftslage ein besseres Gesicht machte, da ging der Teufel los. Der St. Galler Malerstreit war der erste große Kampf in unserem Verbande. Er ging nach acht Wochen verloren. Jedoch mahnte er die Unternehmer zum Aufsehen. Sie fühlten, das war etwas anderes wie früher. Zum erstenmal seit langer Zeit war es vorgetragen, daß ein Kampf nicht wegen Geldmangel abgebrochen werden müsse und daß man sich im ganzen Lande dafür interessiert hätte. Trotz der Niederlage in St. Gallen gings frisch drauf los. Noch im gleichen Jahre, im Oktober, vollzog sich die Einigung der Gipser in Zürich, die vorher in drei Sektionen organisiert waren. Im Oktober traten sie in Kampf, nach vier Tagen stand war der erste Tarif in Zürich mit Minimallohn erobert. Die Gipser beschlossen damals, mit seinem Unorganisierten mehr zusammenzuarbeiten, sie hatten das Leid der Unequalität genügsam durchgestanden. Sie haben diesen Beschluss bis heute gehalten und stehen, dank dem, heute im Punkte Lohn und Arbeitsverhältnis an der Spitze im Berufe.

Das waren schon ganz außergewöhnliche Leistungen für den kleinen Verband und stärkten ihn zusehends. Er zählte dann am 1. April 1904 schon 863 Vollmitglieder, gegenüber 401 am 1. April 1902, in 28 Sektionen und Zahlstellen. Wesentlich wurde das Interesse an den Bewegungen und dem Verbande im allgemeinen mit durch die Presse gefördert. Seit 1903 im Februar erschien auf unser Betreiben alle 14 Tage als Beilage zum "Vollrecht" in Zürich der "Gewerkschafter", welchen wir mit anderen Verbänden als Sprachorgan benützen und den Mitgliedern zustellten. Dies wurde dann von der Delegiertenversammlung in Basel, Pfingsten 1904, dem Centralvorstand hoch angerechnet und ihm ein größerer Betrag dafür zur Verfügung gestellt.

Der Baseler Tag bedeutet einen Wendepunkt der Verbandsgeschichte.

Unter "Verschiedene Anträge" kam ein Antrag der Bürcher Maler, angelegt durch Brotel und von ihm auch in Basel vertrieben, zur Behandlung, dahingehend, es sei die Frage eines ständigen Beamten prinzipiell zu erörtern und der nächsten Delegiertenversammlung Bericht und Antrag zu stellen.

Die Bürzer Maler stellten demgegenüber Antrag auf sofortige Anstellung eines Beamten. Die Diskussion darüber war sehr lebhaft. Von der Notwendigkeit war wohl jeder überzeugt, gleichzeitig aber auch von der Verantwortung eines etwaigen Beschlusses in der Sache. Jedoch nach einem Votum des Kollegen Tobler-Hamburg, der als Guest anwesend war und sein Erstaunen aussprach, daß eine solche Fülle von Arbeit vom Centralvorstand neben täglicher Berufssarbeit bewältigt werden könnte, wurde in namenloser Abstimmung mit 22 gegen 5 Stimmen sofortige Anstellung eines Beamten beschlossen und als solcher gleichzeitig, einstimmig, der Centralpräsident gewählt, mit Amtsantritt am 1. Juli.

Wohl mancher Delegierte ist damals mit schwerem Herzen heimgegangen, denn es war ein gewagter Beschluß, mit 863 Mitgliedern einen Beamten anzustellen.

Die Zukunft hat gezeigt, daß es einer der glücklichsten Beschlüsse gewesen. Arbeit gab es genug und der definitive Amtsantritt am 1. Juli wurde eingeweiht mit — Beginn des Baseler Gipserstreits, des ersten größeren Streits seit langen Jahren im Lande, der seitens der Arbeiter mit einem Sieg endete. Von da an gings mit andern Schritten vorwärts und der heutige Stand der Organisation zeigt uns, daß die Kollegen mit Stolz auf die Früchte ihrer Arbeit zurückblicken können.

## Technisches.

**Patentschutz.** Vom Patentenbüro O. Prillger & Co., Dresden, Schloßstr. 2, Abschriften billigst. Auskünfte frei. Gebrauchsmuster:

Al. 9. 430649. Pinsel mit getrennt vom Stiel hergestelltem Pinselkopf. Fa. H. L. Sterkel, Ravensburg. Ang. 14. 7. 1910.

Al. 37 d. 430629. Tapetenbordürenrolle mit paarmalige geordneten, unter sich verschiedene Borten. "Honja". Iver & Co. Abteilung der Tapeten-Industrie A.-G., Altona-Ottensen. Ang. 4. 6. 1910.

Al. 37 e. 430458. Tragbod für Fuß- und Tüllnergerüsts. Gebr. Huth, Worms a. Rh. Ang. 8. 6. 1910.

Angemeldet ist österreichische Patente:

Al. 22 d. 3698/09. Verfahren zur Herstellung von Negativen aus plastischen Massen und dergl. zur Herstellung von Schablonen. Axel Dohnalek, Vlad.

Maler in Wien. Ang. 28. 8. 09.

Al. 22 d. 7028/09. Verfahren, Bronzepulver und Staubfarben mit einem Lacküberzug zu versehen.

Ernst Deter, Fabrikant in Berlin. Ang. 15. 9. 09.

Al. 22 d. 6303/09. Verfahren zur Erzielung seidenartigen Aussehens von Fäden. Hermann von de

Waldorf, Dekorationsmaler in Wiesbaden. Ang. 18. 8. 09.

## Fachliteratur.

Die Materialien des Maler-, Anstreicher-, Lackierer-, Tüncher- und Verhälter-Gewerbes. Von E. Hebing, Redakteur der Deutschen Malerzeitung die Mappe. Ver-

lag von Georg D. W. Callwey, München, Preis 6 Mark.

Eine genaue, gründliche Kenntnis der Farben, des Oele und der vielen sonst noch zum Betriebe des Maler- und Anstreichergewerbes sowie der verwandten Fächer, Tünchererei und Bergolberei nötigen Materialien ist im heutigen Erwerbsleben unbedingt notwendig. Die hastende Praxis erlaubt es aber den Meistern nicht, dem Fernen auch die hierzu gehörenden theoretischen Kenntnisse über die Eigenschaften und die Anwendungskarten der Farben usw. und so fehlt es in dieser Hinsicht gar vielfach. Wenn es auch Bücher gibt, in denen die in Frage stehenden Materialien besprochen werden, so ist doch keines davon in dem Sinne geschrieben, wie es für das praktisch Leben des Handwerks erforderlich ist. Von diesen Erwägungen aus hat der als ein tüchtiger Fachmann bekannte Verfasser das vorliegende Buch geschrieben, nicht für Künstler, Chemiker, Drogisten usw., sondern ganz speziell für die Zwecke des Malergewerbes und der verschiedenen Berufe, welche die handwerklichen Stoffe, gibt ausführlich Auskunft über ihre Eigenschaften usw. und ganz besonders über die Art ihrer praktischen Verwendung; man findet darin somit auf alle Fragen eingehende Auskunft. Die Anordnung der besprochenen Materialien in alphabetischer Reihenfolge, also nach Art eines Lexikons, macht das Buch sehr übersichtlich und ermöglicht jedes gesuchte Wort gleich aufzufinden. Sowohl zum Selbststudium für jüngere und ältere Berufskollegen als auch für Schulen, Bibliotheken usw. zur Vorbereitung auf die Gesellen- und Meisterprüfung dient das Buch als erstes seiner Art gute Dienste leisten. Der Preis ist in Abbruch des starken Umsanges (320 Seiten) äußerst niedrig zu nennen, wir können es unsern Kollegen nur bestens empfehlen.

## Literarisches.

Zentralverband der Töpfer. Protokoll der 9. Generalversammlung in Dresden. Abgehalten vom 22.—27. Mai 1910. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

## Sterbetafel.

Dresden. Am 8. September verstarb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kollege Friedrich Wölferstorff im Alter von 47 Jahren.

Bremerhaven. Am 15. September starb unser treuer Mitglied Baltazar Brosele im Alter von 53 Jahren an Lungentuberkulose.

München. Am 5. September verstarb unser Mitglied Karl Grübel im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

## Direinstell.

### Bekanntmachung.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 7, Absatz b, die Mitglieder Karl Grätz, Buchn. 74-357, durch die Filiale Halle a. S.; J. Hauf II., Buchnummer 58942, durch die Filiale Darmstadt; Will. Wahrmann, Buchn. 150-167, durch die Filiale Düsseldorf.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptklasse vom 18. bis 19. September.

Eingesetzt wurde für die Hauptklasse: Friedberg 100 M., Emden 100, Herford 200, Chemnitz 1500, Mannheim 800, Meß 150, Saarbrücken 400, Worms 100, Elberfeld 1200, Neustadt 50, Straßburg 150, Alsfeld 50, Forst 120, Essen 1000, Gießen 150 M.

Den Filialverwaltungen diene zur Nachricht, daß die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal am 28. September von der Hauptklasse versandt werden; es können von diesem Datum an nur dann Wertzeichen gesandt werden, wenn die Abrechnung des 3. Quartals bei der Hauptklasse eingegangen.

Material wurde versandt:

V. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken.

F. = Futterole. D. = Duplikatmarken.

Pr. = Protobolle. W. M. = Vereins-Anzeigermarken.

M. M. = Marken-Mappen.

Ex. = Extramarken.

Augsburg 800 B. a 60 D. 800 B. a 60 D. 20 E.;

Bamberg 400 B. a 60 D. 800 B. a 25 D. 10 E. 150 Gr.

Beuthen 100 E. 10 Pr. 5 M. M.; Colmar 800 B. a 60 D.;

Darmstadt 300 Gr.; Eberswalde 400 B. a 60 D. 400 B.

a 25 D.; Essen 4000 B. a 60 D.; Frankfurt a. O. 20 E.;

Görlitz 1200 B. a 60 D.; Graudenz 400 B. a 50 D.; Grünberg 400 B. a 50 D. 400 B. a 20 D.; Ingolstadt 400 B. a 60 D.; Königsberg 50 E.; Lüdenscheid 400 B. a 60 D. 20 E.; Neustadt 400 B. a 50 D. 400 B. a 20 D.; Nordhausen 1200 B. a 20 D.; Recklinghausen 400 B. a 60 D. 20 E.; Spanien 1200 B. a 60 D. 400 B. a 20 D.; Straßburg 400 B. a 55 D. 400 B. a 20 D. 20 E.; Witten 1200 B. a 60 D. 400 B. a 20 D. 20 E.;

Worms 100 B. a 60 D. 400 B. a 20 D. 20 E.;

Worms 100 B. a 60 D. 400 B. a 20 D. 20 E.; Würzburg 100 M. 100 B. a 60 D. 400 B. a 20 D. 20 E.

Vom 8. August bis 10. September gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Schreine ein:

Nachen M. 750, Altenburg 16.—, Berlin 920-45, Bensberg 10-50, Bielefeld 33-80, Brandenburg 23-20,

Braunschweig 43-50, Bremerhaven 97.—, Breslau 203,—, Cassel 92-20, Chemnitz 322-05, Cöln 113-50, Danzig 24-70,

